

Die Europäische Staatsanwaltschaft



Schutz der EU-Steuerzahler gegen Betrug und Korruption

Die Europäische Staatsanwaltschaft („die EUSTa“) ist eine neue Einrichtung der EU, die für die Durchführung von strafrechtlichen Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Bezug auf gegen den EU-Haushalt gerichtete Straftaten zuständig ist. Die EUSTa wird ihre Arbeit voraussichtlich Ende 2020 aufnehmen und die Fähigkeit der Union stärken, das Geld der Steuerzahler zu schützen.



500 MIO. EUR

Geschätzter Kosten, die 2017 durch gegen den EU-Haushalt gerichtete Betrugsfälle verursacht wurden.

WELCHE MÖGLICHKEITEN HAT DIE EUSTa?

Die EUSTa wird die erste supranationale Staatsanwaltschaft sein. Sie wird Betrugsfälle und andere Straftaten untersuchen und verfolgen, die sich gegen die finanziellen Interessen der EU richten (laut Definition in der Richtlinie (EU) 2017/1371):

- » Betrug in Bezug auf Ausgaben und Einnahmen,

- » Betrug in Bezug auf die Mehrwertsteuer (wenn zwei oder mehr Mitgliedsstaaten involviert sind und sich der verursachte Gesamtschaden auf mindestens 10 Mio. EUR beläuft),
- » Geldwäsche, die sich auf Gegenstände aus Betrugsfällen zulasten des EU-Haushalts bezieht,
- » vorsätzliche Bestechung und vorsätzliche Bestechlichkeit oder missbräuchliche Verwendung, die die finanziellen Interessen der EU beeinträchtigen, und
- » Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, deren Tätigkeitsschwerpunkt in gegen den EU-Haushalt gerichteten Straftaten besteht.

Die EUSTa kann ferner alle sonstigen illegalen Aktivitäten untersuchen und strafrechtlich verfolgen, die mit einer gegen den EU-Haushalt gerichteten Straftat „untrennbar verbunden“ sind.

WIE FUNKTIONIERT DIE EUSTa?

Eine unabhängige Behörde

Die EUSTa wird als einheitliche, von einer/einem Europäischen Generalstaatsanwältin bzw. Generalstaatsanwalt geleitete Behörde tätig, die bzw. der mit einer/einem Europäische/n Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt aus jedem teilnehmenden EU-Mitgliedstaat zusammenarbeitet. Mindestens zwei Delegierte Europäische Staatsanwältinnen bzw. Staatsanwälte (DES) werden im Rechtssystem der

einzelnen Mitgliedsstaaten tätig und eng mit der in Luxemburg ansässigen zentralen Dienststelle zusammenarbeiten. Die Unabhängigkeit der EUSTa wird für ihren Erfolg von wesentlicher Bedeutung sein: Die Staatsanwaltschaft ist kein Teil der EU-Organen und wird keine Weisungen von ihnen oder nationalen Behörden entgegennehmen.

Einholung von Informationen

Die zuständigen nationalen Behörden müssen die EUSTa über jede Tatsache informieren, die eine unter ihren Auftrag fallende Straftat darstellen könnte. Die EUSTa kann auch proaktiv aus anderen Quellen, wie Nachrichtenberichten, von privaten Parteien oder Hinweisgebern, Informationen sammeln, um ein Verfahren einzuleiten.

Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen

Grundsätzlich wird die/der DES in dem Mitgliedsstaat, in dem die mutmaßliche Straftat begangen wurde, den Fall bearbeiten. Europäischen Staatsanwälte beaufsichtigen für die Ständige Kammer und im Einklang mit etwaigen von dieser erteilten Weisungen die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen, für die die mit dem Verfahren betrauten Delegierten Europäischen Staatsanwälte in ihrem Herkunftsmitgliedstaat zuständig sind.

Die EUSTa wird Anklage vor nationalen Gerichten erheben.



WICHTIGE FAKTEN ÜBER DIE EUSTa

Zentrale Ebene: **Luxemburg**

Voraussichtliches Startdatum: **Ende 2020**

**Mindest-Verfahrenswert:
10 000 EUR**

Bei Betrug im Hinblick auf EU-Mittel (mit
einigen Ausnahmen unter 10 000 EUR)

10 000 000 EUR

Bei grenzüberschreitendem
Mehrwertsteuerbetrug

Erhebliche Befugnisse

Zusätzlich zu den Ermittlungsmaßnahmen, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälten gemäß nationalem Recht bei ähnlichen Fällen bereits offen stehen, ist die/der betraute DES befugt, andere Maßnahmen anzuordnen oder zu beantragen, wie die Sicherstellung von Erträgen aus Straftaten oder die Überwachung elektronischer Kommunikationsmittel. Diese Maßnahmen können in den Fällen, in denen die den Ermittlungen zugrundeliegende Straftat mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens vier Jahren bedroht ist, angeordnet werden.

Die durch eine/n DES eines anderen Mitgliedstaats angeordnete Übergabe einer Person unterliegt den üblichen Verfahren des Europäischen Haftbefehls.

Horizontale Beziehungen

Unter bestimmten Bedingungen kann ein Verfahren einer/einem anderen DES aus demselben Mitgliedstaat neu zugewiesen werden. In Ausnahmefällen kann die/der Aufsicht führende Europäische Staatsanwältin bzw. Staatsanwalt die Ermittlungen auch in ihrem/seinem Herkunftsstaat selbst führen.

Befugnisse der Ständigen Kammer

Die Ständigen Kammern überwachen und leiten die von den DES durchgeführten Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen und verfügen zu diesem Zweck über eine Reihe von Entscheidungsgewalten. Unter anderem beschließt die jeweilige Ständige Kammer nach Abschluss der Ermittlungen auf Grundlage eines Vorschlags der/des DES, ob die Strafverfolgung vor einem nationalen Gericht erfolgen, das Verfahren eingestellt oder anderweitig über die Rechtssache entschieden werden soll, etwa in einem vereinfachten Strafverfolgungsverfahren gemäß nationalem Recht (z. B. Prozessabsprache).

Ein Verfahren kann von der Ständigen Kammer nach dem Vorschlag der/des betrauten DES eingestellt werden, wenn die Strafverfolgung aufgrund fehlender Beweise, Verjährung, dem *Verbot der doppelten Strafverfolgung*, Amnestie, Immunität usw. unmöglich wird. Davon bleiben weitere Ermittlungen auf der Grundlage neuer Tatsachen unberührt, die der EUSTa zum Zeitpunkt der Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens nicht bekannt waren.

Zur Verhandlung gebrachte Verfahren

Wird ein Verfahren zur Verhandlung vor dem zuständigen nationalen Gericht gebracht, wird es von der/dem DES unter Achtung der entsprechenden nationalen Gesetze und der EUSTa-Verordnung bearbeitet.

Das nationale Recht gilt auch in Mitgliedsstaaten, die ein vereinfachtes Strafverfolgungsverfahren (z. B. Prozessabsprache) vorsehen.

SCHUTZ DER BÜRGER

Im Interesse aller Bürger enthält die EUSTa-Verordnung mehrere Garantien im Hinblick auf

verdächtige Personen, Zeuginnen und Zeugen und Opfer sowie – zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Einhaltung des EU-Rechts – die Möglichkeit der gerichtlichen Kontrolle der Ermittlungen der EUSTa. Die EUSTa muss die Grundrechte der Europäischen Union sowie Garantien gemäß EU-Recht beachten, wie das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und das Recht auf Aussageverweigerung. Darüber hinaus haben an EUSTa-Verfahren beteiligte Verdächtige oder Beschuldigte alle Verfahrensrechte, die ihnen nach nationalem Recht zur Verfügung stehen.

Gerichtliche Kontrolle

Die Verfahrenshandlungen der EUSTa unterliegen einer gerichtlichen Kontrolle durch die nationalen Gerichte des Mitgliedstaats, in der sie tätig ist.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) kann ebenfalls im Wege der Vorabentscheidung über Fragen der Gültigkeit von Verfahrenshandlungen der EUSTa, die Auslegung der EUSTa-Verordnung und mögliche Zuständigkeitskonflikte mit nationalen Behörden entscheiden.

Partner

Die EUSTa ist eine neue Einrichtung im Kampf gegen Betrug: Eurojust, OLAF und Europol werden ihre gegenwärtigen Funktionen zum Schutz des EU-Haushalts beibehalten und eng mit der EUSTa zusammenarbeiten. Die EUSTa wird zudem mit Mitgliedsstaaten kooperieren, die sich an ihr nicht beteiligen.

Weitere Informationen

Einführung in die EUSTa

https://ec.europa.eu/info/law/cross-border-cases/judicial-cooperation_de



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Folgen Sie uns

<https://www.facebook.com/EUJustice/>
https://twitter.com/EU_Justice

Photos:
© AdobeStock, Arens
© AdobeStock, Marco Scisetti
© AdobeStock, Iliya Mitskavets

© Europäische Union, 2019